Zeitschrift: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 58 (1979)

Heft: 3

Artikel: "Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement..."

Autor: P.I.V.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339521

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

angenommen habe. Hier liegt eine primäre Verpflichtung von PRO HEL-VETIA, die nicht nur unser Land im Ausland bekannt machen muss. Wir haben auf diesem Gebiet grosse Mühe und müssen noch bedeutende Anstrengungen unternehmen. Der gegenseitige kulturelle Austausch zwischen den Sprachregionen ist staats-, kultur- und gesellschaftspolitisch eine der wichtigsten Aufgaben. Ein grosses Problem ist der Deutschschweizer Dialekt. Die Welschen lernen ja in der Schule die hochdeutsche Sprache.

Wie können die Erkenntnisse des Clottu-Berichtes in die Wirklichkeit umgesetzt werden?

Möglichst viel an kultureller Tätigkeit muss in den Gemeinden geschehen. Jede Gemeinde sollte aus dem Clottu-Bericht 1 bis 2 Schlussfolgerungen ziehen. Ein Finanzausgleich zugunsten zurückgebliebener Regionen ist auch für die Kulturförderung wichtig.

Die kulturellen Organisationen, die Schriftstellerverbände und Tonkünstlervereine sollten konkrete Vorschläge propagieren und nicht nur ihre prinzipielle Zustimmung geben.

Eine letzte Frage: Was sagen Sie zum Zustand unserer Partei?

Das Wesentliche scheint mir zu sein, dass sich die Partei auf konkrete Aufgaben und Sachprobleme konzentriert, die dringend für grosse Volksschichten und die auch lösbar sind. Vor allem im Bereich der Sozialpolitik, der Kulturpolitik und der Bildungspolitik werden von uns Leistungen erwartet. Durch diesen positiven Einsatz für Aufgaben zum Wohle unserer Bevölkerung wird die Geschlossenheit der Partei gestärkt.

Besten Dank für das Interview!

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und die Schweizerische Nationalbank veröffentlichten den Bericht der drei Wirtschaftswissenschaftsprofessoren Gottfried Bombach (Basel), Henner Kleinwefers (Freiburg i. Ü.) und Luc Weber (Genf) über «Lage und Probleme der Schweizerischen Wirtschaft 1978/79.» Wir lesen darin:

«An mehreren Stellen des Berichtes wird auf die verschiedenen Gesamtkonzeptionen verwiesen, die möglicherweise erst dann zu vermehrter Investitionsnachfrage führen, wenn sich die Angebot/Nachfrage-Situation auf dem Kapitalmarkt fundamental verändert hat.»

Und:

«Eine unter volkswirtschaftlichen wie auch unter allgemein politischen Gesichtspunkten wesentliche Kritik muss sich gegen das intransparente Finanzierungssystem der AHV richten. Es wäre möglich und erwünscht, die sogenannten Arbeitgeberbeiträge und die Staatszuschüsse abzuschaffen und die AHV ausschliesslich aus den Beiträgen der Versicherten zu finanzieren.»

P. I. V.